

Berlin aktuell

Gernot Erler, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in dieser Woche haben wir uns in einer vereinbarten Debatte mit dem Hilfsantrag Portugals befasst. Hier lässt sich nur feststellen, dass die Regierung versagt. Sie isoliert sich zunehmend in Europa und duckt sich weg vor einer ehrlichen Debatte im Bundestag. Es wird wieder getäuscht, vernebelt und hingehalten. Dabei geht es um die Zukunft Europas. Deutschland sollte in dieser Phase eine Führungsrolle übernehmen. Das Hin und Her in der Regierung führt jedoch nur dazu, dass sich die Lage verschlimmert. Unserer Auffassung nach können nur ein umfassendes Gesamtkonzept und entschiedenes Handeln der Staats- und Regierungschefs ein klares Signal an die Märkte senden. Dabei geht es nicht darum, einfach mehr Geld bereit zu stellen, sondern den Ländern Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum zu eröffnen.

Auch beim Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit handelt die Regierung nicht. Einzige Ausnahme: Ab 1. Mai gilt ein Mindestlohn in der Leiharbeit – durchgesetzt von den Sozialdemokraten im Vermittlungsausschuss zur Arbeitsmarktreform. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Januar in ihrem Antrag zur Arbeitnehmerfreizügigkeit klare Regelungen für faire Mobilität und soziale Sicherung gefordert. Dazu gehören vor allem ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn und die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt in dieser Woche war der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Hier sind weitere Anstrengungen für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung notwendig. Doch der Bedarf an Betreuungsplätzen wird von der Regierung unterschätzt und das Ziel einer bundesdurchschnittlichen Betreuungsquote von 35 Prozent bis 2013 ist nicht ausreichend. Gleichzeitig verhindert die kommunale Haushaltslage den beschleunigten Ausbau von Plätzen. Wir fordern deshalb einen neuen Krippengipfel, um den qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze voranzubringen

Euer



Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|--|
| 02 Faire Bedingungen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit | 04 Hilfsantrag Portugal |
| 02 Engagementpolitik weiterentwickeln | 05 Klimaschutz in Europa voranbringen |
| 03 Neuen Krippengipfel einberufen | 05 Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft |
| 03 Gesundheit als globales öffentliches Gut stärken | 06 Pressemitteilungen von Gernot Erler |
| | 08 Termin |

IMPRESSUM:
GERNOT ERLER, MDB
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel. 030/227 75735
Fax. 030/227 76735
E-Mail: gernot.erler@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Gernot Erler, MdB
Günterstalstr. 33
79102 Freiburg
Tel. 0761/382629
Fax. 0761/24865
E-Mail: gernot.erler@bundestag.de

www.gernot-erler.de

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

ARBEIT

Faire Bedingungen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit

Seit dem 1. Mai 2011 können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den der EU 2004 beigetretenen Ländern in allen EU-Mitgliedsstaaten leben und arbeiten. Um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und vor allem Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, benötigen wir klare Lohn- und Arbeitsbedingungen. Allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland muss Sicherheit und Schutz geboten werden. In unserem Antrag (Drs. 17/4530), der am 13. Mai abschließend beraten wurde, fordern wir die Regierung auf, eine Ausweitung der prekären Beschäftigung und des Niedriglohnssektors zu verhindern.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss gelten, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn als Lohnuntergrenze muss eingeführt werden.
- Alle Branchen müssen in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden.
- Scheinselbstständigkeit ist zu verhindern.
- Die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll in den Vergaberegulungen von EU, Bund und Ländern konkretisiert und erweitert werden. Eine Lohnuntergrenze und Tariftreue müssen Voraussetzungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein.
- Die wirksame Kontrolle von Schwarzarbeit sowie eine Generalunternehmerhaftung für den Einsatz von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind sicherzustellen.
- Registrierungen von Entsendungen bei der Sozialversicherung müssen zur Pflicht werden.
- Eine statistische Erfassung von Entsendetatbeständen ist einzuführen.
- Der Betriebsrat soll ein Mitbestimmungsrecht über Einsatz, Entlohnung und Arbeitsbedingungen von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten.
- Deutschland braucht mehrsprachige Beratungsstellen für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Auf europäischer Ebene fordern wir die Aufnahme einer Sozialen Fortschrittsklausel ins Primärrecht sowie eine soziale Querschnittsklausel.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Engagementpolitik weiterentwickeln

Bürgerschaftliches Engagement hat einen hohen gesellschaftlichen und politischen Stellenwert. Es befördert Mitbestimmung und Mitverantwortung sowie gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Wir fordern, dass die Weiterentwicklung der Engagementpolitik im Austausch mit Parlament und Bürgergesellschaft erfolgt. In unserer Großen Anfrage (Drs. 17/5135), haben wir nach Leitbild und Strukturen der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung gefragt sowie dem Ausbau der Infrastrukturen und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Die Antwort der Bundesregierung haben wir zum Anlass für eine Debatte im Bundestag am 12. Mai genommen.

Bei der Umsetzung der „Nationalen Engagementstrategie“, die das Bundeskabinett im Oktober 2010 beschlossen hat, soll nach Angaben der Regierung die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen intensiviert werden. Vorschläge für konkrete Kooperationsmöglichkeiten zwischen allen staatlichen Ebenen würden derzeit von Bund und Ländern Vorschläge erarbeitet.

Bei den Freiwilligendiensten haben wir nach einem Zeitplan gefragt, nach Regelungen sowie der finanziellen Absicherung für das Freiwilligendienststatusgesetz. Um Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern, fordern wir konkrete Maßnahmen für Menschen mit geringem Einkommen und mit einfachen Bildungs- und Berufsabschlüssen oder mit Migrationshintergrund. Auch die Partizipation in politischen Prozessen muss aus unserer Sicht ausgebaut werden. Wir wollen eine engere Verzahnung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Bildung, die Behandlung von zuwendungs- und gemein-

nützigkeitsrechtlichen Fragen, sowie eine Bewertung des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit bzw. Arbeitsmarktpolitik und bürgerschaftlichem Engagement.

Laut ihrer Antwort auf die Große Anfrage strebt die Regierung ein Freiwilligendienststatusgesetz an. Das Gesetz soll die gesellschaftliche Anerkennung der Dienstleistenden stärken und ihnen mehr Rechtssicherheit bringen. Angaben darüber, wann der Gesetzentwurf vorliegen wird, macht die Regierung jedoch nicht.

FAMILIE

Neuen Krippengipfel einberufen

Der von der Regierung am 4. April 2011 durchgeführte „Bundesweite Erfahrungsaustausch - Gute kommunale Praxis für den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung in Deutschland“ hat gezeigt, dass weitere Anstrengungen für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung insbesondere für Kinder unter drei Jahren notwendig sind.

Der Bedarf an Betreuungsplätzen wird von der Regierung unterschätzt und das Ziel einer bundesdurchschnittlichen Betreuungsquote von 35 Prozent bis 2013 ist nicht ausreichend. Gleichzeitig verhindert die kommunale Haushaltslage den beschleunigten Ausbau von Plätzen. Es besteht weiterhin Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern, Bauflächen, Gebäuden und Räumen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung darf nicht in Frage stehen. Eltern brauchen verlässliche Angebote, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Und die Kommunen brauchen mehr Unterstützung beim Ausbau der Krippenplätze. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Regierung in unserem am 12. Mai debattierten Antrag (Drs. 175518) auf, den Bedarf an frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten unabhängig zu erheben. Die Vorstudie für die 2011 anstehende Zwischenevaluation des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ soll dem Bundestag zeitnah vorgelegt werden. Schließlich fordern wir die Einberufung eines neuen Krippengipfels, auf dem mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, der Kommunalen Spitzenverbände sowie der Träger weitere Schritte für den qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren verabredet werden sollen.

GESUNDHEIT

Gesundheit als globales öffentliches Gut stärken

Gesundheitspolitik ist nicht nur ein nationales, sondern ein globales Aufgabenfeld: Weltweite Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut und Menschenrecht. Die derzeitigen Strukturen der globalen Gesundheitsarchitektur sind jedoch sehr komplex und nur unzureichend koordiniert. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird nur bedingt als Akteur wahrgenommen und kann ihren Aufgaben nicht vollständig nachkommen. Da sie aber die einzige legitimierte, internationale Autorität in Gesundheitsfragen ist, muss die WHO als leitende und koordinierende Stelle des internationalen Gesundheitswesens gestärkt werden. Als drittgrößter Beitragszahler mit Sitz im Exekutivrat der WHO muss Deutschland sich aktiv in den Reformprozess einbringen.

In unserem Antrag (Drs. 17/5486), der am 12. Mai beraten wurde, fordern wir die Regierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Rolle der WHO als weltweit normsetzende Organisation in allen globalen Gesundheitsfragen und bei der Etablierung von Gesundheitssystemen international verbindlich festgeschrieben wird. Die WHO soll ihr Potenzial als globaler gesundheitspolitischer Akteur ausschöpfen, sowohl in den Verhandlungen anderer internationaler Organisationen, als auch in ihrer Rolle als Anwältin der öffentlichen Gesundheit, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern. Neben einer Reform der Finanzierungsgrundlage müssen dafür auch die internen Strukturen und Entscheidungsprozesse übersichtlicher und

transparenter und stärker auf die Mitwirkung relevanter Akteure ausgerichtet werden. Schließlich soll sich die Regierung für die Berücksichtigung der EU-Strategie zur Rolle der EU in der globalen Gesundheitspolitik einsetzen.

HAUSHALT

Hilfsantrag Portugal

Am 8. April 2011 hat Portugal einen offiziellen Hilfsantrag für Mittel aus dem Rettungsfonds an die Europäische Union gestellt. Nach dem Scheitern eines weiteren Sparpakets im Parlament und dem Rücktritt der Regierung waren offenkundig alle Versuche Portugals gescheitert, die staatliche Finanzierungs Krise aus eigener Kraft zu schultern. Der Bundestag diskutierte am 12. Mai in einer vereinbarten Debatte über den Hilfsantrag Portugals.

Europapolitik braucht lange Linien

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion reichen die bislang ausgehandelten Rettungsmechanismen nicht aus, um das Land dauerhaft aus der Krise zu führen. Der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier warf der Bundesregierung vor, Europa zu fürchten. Sie blicke mit ängstlichem Blick auf die innere Lage und drücke sich vor der Debatte. Er kritisierte, dass dem Bundestag wichtige Beratungsunterlagen vorenthalten werden.

Seit mehr als einem Jahr ist die europäische Politik der Regierung Merkel von Täuschung, Vernebelung und Umgehung des Parlaments gekennzeichnet. Nirgendwo versagt das System Merkel so dramatisch wie in der Euro-Krise. Die Sozialdemokraten haben von Anfang an gewarnt, dass der Wortbruch und die Heimlichtuerei Merkels kein neues Vertrauen schaffen kann. Wir haben kritisiert, dass es nicht reicht, den Steuerzahler als Generalbürgen für die Folgelasten der Finanzkrise haften zu lassen, ohne die Finanzakteure substantiell zu beteiligen.

Finanztransaktionssteuer weiterhin erforderlich

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die nichts anderes als eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte ist, bleibt auf der Tagesordnung. Wir brauchen außerdem eine ausgewogene Gläubigerbeteiligung, damit Länder wie Griechenland wirtschaftlich nicht durch die Zinsschraube stranguliert werden. Letzten Endes kann es nur eine nachhaltige Lösung der Krise geben, wenn nicht nur Deutschland, sondern auch wachstumsschwächere Euro-Länder neue Impulse wirtschaftlicher Entwicklung setzen können. Das ist eine Aufgabe, die diese Länder selbst angehen müssen, aber Europa darf sie dabei nicht allein lassen.

Deutschlands Ansehen auf Tiefpunkt gelangt

In dieser Schicksalsstunde der europäischen Einheit fällt Deutschland durch den Wankelmut seiner konservativen Regierung als Vorreiter aus. Nur ein umfassendes Gesamtkonzept und entschiedenes Handeln der Staats- und Regierungschefs können ein klares Signal an die Märkte senden. Dabei geht es nicht darum, einfach mehr Geld bereit zu stellen, sondern den Ländern Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum zu eröffnen. Staaten mit Verschuldungsproblemen brauchen Konsolidierung, aber vor allem brauchen sie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, damit sie überhaupt in der Lage sind, aus eigener Kraft ihre Haushalte auszugleichen. Das konservative Spardiktat ist die falsche Antwort auf die Krise. Ein Pakt für Wachstum, Beschäftigung und soziale Stabilität ist überfällig. Nur durch eine verbindliche Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden wir in der EU insgesamt wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren.

Mutloses Herumdoktern an Symptomen muss aufhören

Die Finanzminister der EU müssen endlich Ernst machen mit der Beteiligung von Gläubigern, der Restrukturierung von unterkapitalisierten Banken und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht weiter die alleinigen Zahlmeister der Kosten der Finanzkrise sein, indem die betroffenen Staaten in rigide Sparprogramme gezwängt werden, die zum Abbau der Sozialsysteme führen.

UMWELT

Klimaschutz in Europa voranbringen

Die Regierung soll sich auf europäischer Ebene für eine unkonditionierte Senkung der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 einsetzen. Dies fordert die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag (Drs. 17/5231), der am 12. Mai im Bundestag debattiert wurde.

Zukunftsmärkte stärken

In den kommenden Klimaschutzverhandlungen muss diese Position offensiv vertreten werden. Auch das Europäische Parlament hat dies bereits eingefordert. Eine Verschärfung des Klimaschutzziels ist sowohl für den Ausbau des Europäischen Emissionshandels, als auch für eine ausgewogene Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten der EU und zwischen Emissionshandel und anderen Bereichen wie Verkehr, Haushalt und Gebäuden wichtig. Sie verspricht eine höhere Sicherheit bei der Energieversorgung, bessere Luftqualität und zusätzliche Arbeitsplätze. Die EU würde dadurch ihre Position auf den stark wachsenden grünen Zukunftsmärkten stärken: Wer heute mehr Klimaschutz verhindert, verhindert die sicheren Arbeitsplätze von morgen.

Seit 2008 verfügt die Europäische Union über eine integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie. Eines ihrer Kernziele ist die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990. Auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen in Cancun Ende 2010 hat sich die Staatengemeinschaft zum ersten Mal auf eine 2-Grad-Obergrenze geeinigt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen im Durchschnitt um 25 bis 40 Prozent verringern.

Schwarz-Gelb lässt die Chancen an Europa vorbei ziehen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung verbindet eine solche Zielsetzung nach wie vor mit der Bedingung, dass ein internationales Klimaabkommen zustande kommt. Dabei verspielt sie die Chance, Europa durch die Umsetzung ambitionierter Klimaschutzziele zum Vorbild für weltweite Anstrengungen auf dem Weg in eine Zukunft der Nachhaltigkeit und des erfolgreichen Klimaschutzes zu machen.

VERKEHR / WIRTSCHAFT

Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft

Die schwarz-gelbe Bundesregierung fährt in der maritimen Politik auf falschem Kurs. Die Branche braucht Rückenwind für den globalen Wettbewerb. Die Bundesregierung muss dazu beitragen, das maritime Profil zu schärfen und das hervorragende Know-how in diesem Bereich zu bündeln und zu sichern. Die maritime Wirtschaft ist keine Exklusivangelegenheit der Küstenregion, sondern ein Wachstumsmotor für unsere gesamte Volkswirtschaft. Längst werden mehr als 40 Prozent des Umsatzes im maritimen Sektor in den Bundesländern fernab der Küste erwirtschaftet. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu den umfangreichen Antrag „Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft“ (Drs. 17/5237) eingebracht und am 13. Mai im Bundestag beraten.

Die maritime Wirtschaft ist alles in allem einigermaßen glimpflich aus der Krise gekommen. Das Verdienst der Bundesregierung ist das nicht. Der Maritime Koordinator der Bundesregierung ist ein Totalausfall; er kümmert sich nicht um diesen wichtigen Sektor der deutschen Wirtschaft. Ganz offenkundig hat die Bundesregierung bis jetzt nicht verstanden, welche Bedeutung einer zielgenauen Förderung der maritimen Wirtschaft zukommt. Zwar behauptet sie, die maritime Wirtschaft sei weiterhin ein Schwerpunktthema für sie. Aber ihre Politik spricht eine andere Sprache. Mit der Halbierung der Förderung für die Seeschifffahrt geben Union und FDP ein völlig falsches Signal, und die Umbaupläne für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes gefährden den Warentransport von und zu den Seehäfen.

In unserem Antrag fordern wir u.a. die Regierung auf, beim Schiffbau eine strategische Neuausrichtung

der Geschäftsfelder und die Erschließung neuer Märkte einzuleiten. Die Seeschifffahrtsbranche muss konsequent gefördert werden; sowohl in Bezug auf Fördermittel als auch auf Ausbildungsplätze. Das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der vergangenen Wahlperiode entwickelte „Nationale Hafenkonzept“ muss zügig umgesetzt werden. Auf europäischer Ebene soll die Regierung sich für eine Harmonisierung der Beihilferichtlinien und Transparenzregelungen sowie die Umsetzung des EU-Konzepts „From Road to Sea“ einsetzen.

PRESSEMITTEILUNGEN VON GERNOT ERLER

Anschlag in Pakistan: Neue Strategien im Kampf gegen den Terror erforderlich 13.05.11 - 566

Zu dem verheerenden Anschlag auf eine Polizeiakademie in Pakistan, zu dem sich die Taliban bekannt haben und bei dem mehr als 80 Menschen ums Leben kamen, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Wer geglaubt hatte, die Welt würde mit dem Tod Osama Bin Ladens automatisch zu einem sichereren Ort, wurde jetzt auf grausame Art widerlegt. Der furchtbare Anschlag auf eine Polizeiakademie im Nordwestens Pakistans, bei dem überwiegend junge Polizisten ihr Leben lassen mussten, unterstreicht einmal mehr, dass der Kampf gegen den Terrorismus, wie er seit den Ereignissen vom 11. September 2001 geführt wird, nicht zum Erfolg führt.

Die Reduzierung des Kampfs gegen den Terror auf polizeiliche und militärische Maßnahmen führt in eine Sackgasse und macht die Welt nicht sicherer, wie uns das traurige Ereignis in Pakistan lehrt. Erfolgversprechendere internationale Antworten auf die Herausforderungen des Terrorismus sind dringend geboten.

Auf Dauer wird nur eine konsequente zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sowie eine fairere Weltordnung den globalen Bedrohungen des Terrorismus entgegenwirken können. Das bedeutet, den Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen wohlhabenden Industriestaaten und Not leidenden Entwicklungsländern voranzutreiben, Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen zu ermöglichen sowie ein Leben in Würde für alle sicherzustellen.

Europa hätte hier einiges aus seinem Erfahrungsschatz und Instrumentenkasten anzubieten. Leider ist die EU im Augenblick so sehr mit sich selbst beschäftigt, dass sie Gefahr läuft, wesentliche Entwicklungen in ihrer unmittelbaren Nachbarregion zu verschlafen. Hinzu kommt, dass wir es mit einem deutschen Außenminister zu tun haben, der nur noch mit seinem eigenen politischen Überleben beschäftigt ist und maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Deutschland in der internationalen Politik kaum noch wahrgenommen wird.

Zukünftige Generationen werden sich verwundert fragen, wie es passieren konnte, dass Deutschland und Europa angesichts eines solchen historischen Umbruchs vor der eigenen Haustür so eklatant versagen konnten.

Wann, wenn nicht jetzt, wäre eine aktive und tatkräftige Unterstützung der nordafrikanischen und nahöstlichen Freiheitsbestrebungen geboten? Was muss noch passieren, um eindeutige Signale in Richtung Israel und Palästina auszusenden und die Bemühungen der palästinensischen Seite um eine Überwindung der festgefahrenen Situation entsprechend zu würdigen?

In diesen Wochen und Monaten werden die Weichen gestellt, in welche Richtung sich die Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten und im Maghreb weiter entwickeln. Ein Scheitern des dortigen Aufbruchs wäre verheerend und würde den Nährboden für künftige Generationen des Netzwerkterrorismus bereiten.

Tod bin Ladens: Erleichterung und bleibende Aufgaben 02.05.11 - 508

Zur Nachricht vom Tod von Osama bin Laden erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Viele Jahre hat man auf diese Nachricht gewartet. Der Tod des Massenmordplaners bin Laden erinnert noch einmal an die vielen unschuldigen Opfer der menschenverachtenden Anschläge seiner Organisation Al Qaida. Der Jubel bei den Opferfamilien und der ganzen amerikanischen Nation ist nachvollziehbar. Dieser Erfolg wird die Präsidentschaft Barack Obamas nachhaltig und wie nichts anderes prägen.

Genauso überzeugend sind die Warnungen, jetzt bei aller Genugtuung nicht die aktuellen Gefahren zu vernachlässigen. Gerade wegen der Bedeutung bin Ladens für den globalen Netzwerkterrorismus müssen wir ab sofort mit spontanen und blutigen Lebensbeweisen von Al Qaida rechnen.

Über den Tag dieser erfolgreichen Operation im Kampf gegen die Strukturen des Terrors hinaus, bleibt eine Aufgabe unverändert auf der Tagesordnung: die Prävention. Osama bin Laden wollte mit den Anschlägen vom 11. September 2001 den "Kampf der Kulturen" auslösen.

Das ist ihm nicht gelungen, und es ist gut, dass der neue US-Präsident Obama Anstrengungen zu einem fairen Dialog zwischen Westen und Islam begonnen hat. Aber ohne Erfolge bei der Lösung des Nahostkonflikts und anderer Regionalkonflikte, bei der Stabilisierung "scheiternder Staaten" und beim Einsatz für eine gerechtere Weltordnung bleibt die Gefahr der hydraartigen Ausbreitung von Terroraktivitäten bestehen - auch nach dem Tode von Osama bin Laden. Der Erfolg im fernen Abbottabad sollte uns diese Aufgaben für keine Minute vergessen lassen.

Palästinensische Aussöhnung: Zweistaatenlösung rückt näher

28.04.11 - 501

Zu dem Verständigungsprozess zwischen Hamas und Fatah erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Anders kann man die Tatsache nicht werten, dass sich die rivalisierenden Palästinenserorganisationen Hamas und Fatah auf die Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung und Neuwahlen verständigt haben. Aber auch Wunder haben ihre Hintergründe. Die raumgreifende arabische Erhebung ändert fast alles, auch bei den Palästinensern. Zuletzt gingen Zehntausende von ihnen auf die Straße, um gegen die Spaltung des Volkes und den Bruderkrieg zu protestieren. Das gab den Vermittlungsversuchen des neuen Ägypten erstmals eine echte Chance.

Vielleicht erreicht dieser Druck der Straße, dass diesmal auch eine Umsetzung der guten Absichten folgt. Sollte das der Fall sein, kommen viele Fragen und große Verantwortung auf die westliche Welt zu: Wie soll man sich gegenüber einer Übergangsregierung verhalten, an der Hamas beteiligt ist? Rechtfertigt das einen Boykott wie im Jahr 2006? Was wäre, wenn die Übergangsregierung die drei zentralen Quartett-Kriterien - Gewaltverzicht, Anerkennung Israels und Zustimmung zur Gültigkeit der bisherigen Abkommen - erfüllen würde? Von einer wohlüberlegten Reaktion der Internationalen Gemeinschaft auf eine solche Entwicklung kann die Zukunft des Nahen Ostens abhängen.

Für das neue Ägypten wäre eine tatsächlich umgesetzte umfassende Aussöhnungsvereinbarung ein doppelter Erfolg: Als Beleg für Kairo's Führungsrolle in der arabischen Welt und als die eleganteste Beendigung der bisherigen Isolierungspolitik gegenüber Hamas, die bei der bald zu Wahlen zu rufenden ägyptischen Bevölkerung keine Mehrheit hat.

Keine Frage - das Aussöhnungswunder rückt die Zweistaatenlösung näher. Israel wurde davon offenbar überrascht und reagiert zunächst irritiert. Das muss aber nicht das letzte Wort sein. In einer Überwindung der palästinensischen Spaltung wird die israelische Regierung, die bisher immer das Fehlen eines verlässlichen und breit legitimierten Partners für eine Nahostfriedenslösung beklagte, beim zweiten Hinsehen auch politische Chancen erkennen können.

Ungarns neue Verfassung: Ban Ki Moon ist besorgt – Merkel und Westerwelle schweigen

18.04.11 - 481

Zur heutigen Verabschiedung der neuen ungarischen Verfassung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Während die Völker Nordafrikas und der arabischen Welt sich Tag für Tag unter enormen Risiken mehr

Freiheiten und demokratische Rechte erkämpfen, wird mitten in Europa versucht, die Entwicklung genau in die entgegengesetzte Richtung zu wenden.

Selbst UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigt sich zutiefst besorgt. Vermutlich ist es das erste Mal, dass sich ein UN-Generalsekretär so deutlich zur Entwicklung in einem EU-Mitgliedsland äußert. Doch weder von Bundeskanzlerin Merkel noch von Außenminister Westerwelle ist bislang ein Wort der Kritik zu hören. Mit der Verabschiedung der neuen ungarischen Verfassung durch das Budapester Parlament hat sich Ungarn endgültig aus der Vorreiterrolle der mittel- und osteuropäischen Staaten verabschiedet, die das Land vor gut zwanzig Jahren beim Fall des Eisernen Vorhangs in Europa innehatte.

Viktor Orbáns "nationale Revolution" ist rückwärtsgewandt. Sie atmet den Geist vorvergänger Jahrhunderte, als Ungarn noch Monarchie war und die Magyaren ein deutlich größeres Territorium beherrschten als das Ungarn in den heutigen Grenzen.

Die neue Verfassung vertritt den Anspruch, alle Ungarn unabhängig von ihrem Wohnort in gleicher Weise zu vertreten. Also auch diejenigen, die in den Nachbarländern Rumänien, Serbien, Slowakei oder der Ukraine seit Generationen leben und arbeiten. Damit legt sie den Grundstein für künftige Spannungen im Verhältnis Ungarns zu seinen unmittelbaren Nachbarn.

Nicht weniger skandalös ist auch die neue Verfassungsbestimmung, nach der zukünftige wichtige Gesetzesänderungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit wieder geändert werden können. Damit sind auf lange Sicht anderen politischen Kräften in Ungarn die Hände gebunden. Zu alledem schweigt die Bundesregierung. Dass Außenminister Westerwelle in diesen Tagen erneut Ägypten besucht, um dort seine Unterstützung für demokratische Reformen zu bekunden, ist grundsätzlich nicht zu beanstanden. Vielleicht wäre ein Besuch in Budapest, wo man gerade dabei ist, die vor 20 Jahren erkämpften demokratischen Rechte wieder zu begraben, dringlicher gewesen.

TERMIN

Donnerstag, 19. Mai 2011

Das Carl-Schurz-Haus Freiburg lädt ein:

PODIUMSDISKUSSION - LIFE ON LINE: NEUE MEDIEN UND DEMOKRATIE

Ein Halbes Jahr nach Cablegate - was hat sich verändert?

Moderation: Kai Laufen, SWR

Die auf Enthüllungen spezialisierte Internetplattform Wikileaks hatte im November vergangenen Jahres mehr als 250.000 US-Diplomatendepeschen veröffentlicht und damit die USA blamiert. Welche Folgen lassen sich ein halbes Jahr später in den diplomatischen Beziehungen zwischen Europa und den USA ausmachen? Erhöhen Portale wie Wikileaks die Transparenz in der politischen Kommunikation oder gefährden sie die diplomatischen Beziehungen? Der Wikileaks-Gründer Julian Assange selbst vermutet, dass die durch Wikileaks enthüllten US-Depeschen der Stein des Anstoßes der Proteste in Tunesien gewesen seien.

Auf dem Podium diskutieren u.a. Dr. Andrew Denison (transatlantic networks) und Gernot Erlor (MdB, SPD) sechs Monate nach Cablegate.

Mitveranstalter: Colloquium politicum, Landeszentrale für politische Bildung, Europa-Zentrum Baden-Württemberg

Termin: 19. Mai 2011, 20.15 Uhr

Ort: Hörsaal 1010, KG I der Universität Freiburg